Niederschrift

(öffentlicher Teil)

über die Sitzung des Gemeinderates Thießen

Sitzungstermin:	Mittwoch, 06.05.2009
Sitzungsbeginn:	19:30 Uhr
Sitzungsende:	21:15 Uhr
Ort, Raum:	im Gemeindebüro, Hauptstraße 25 b,

Anwesend waren:

Bürgermeister

Bürgermeister Günther Lutze

stellv. Bürgermeister

Herr Klaus Lutze

Gemeinderat

Herr Heiko Bittner

Frau Gudrun Fräßdorf

Frau Petra Friedrich

Herr Silvio Gollek

Herr Bruno Kautz

Herr Ralph Stukowski

Es fehlten:

Herr Erik Goebel

Herr Andreas Knöfler

Verwaltung:

Frau V. Mergenthaler - Protokollantin

Gäste:

2

Herr Dubiel – Stadt- und Landschaftsplanung Wittenberg

Beschlussfähigkeit war gegeben:

war nicht gegeben:

Protokoll:

1. **Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung sowie der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit. Bestätigung der Tagesordnung**
 Der Bürgermeister begrüßt alle anwesenden Gemeinderäte und Gäste. Er stellt die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest und macht auf die fristgemäße Einladung und öffentliche Bekanntmachung aufmerksam.
 Die Gemeinderäte stimmen der vorliegenden Tagesordnung zu.

Mitglieder		Abstimmungsergebnis			
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
10	8	0	8	0	0

2. **Hinweis auf den § 31 GO LSA "Mitwirkungsverbot" zu Tagesordnungspunkten dieser Sitzung**
 Der Bürgermeister weist darauf hin, dass die Gemeinderäte, sofern sie sich bei einem Tagesordnungspunkt vom Mitwirkungsverbot betroffen fühlen, dies vor der Diskussion zu dem entsprechenden TOP mitzuteilen haben.

3. **Bestätigung der Niederschrift der Sitzung des Gemeinderates vom 25.03.2009**
 Die Niederschrift des öffentlichen Teils der Gemeinderatssitzung vom 25.03.2009 wird von den Gemeinderäten bestätigt.

Mitglieder		Abstimmungsergebnis			
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
10	8	0	7	0	1

4. **Beratung Flächennutzungsplan der Gemeinde Thießen hier: Abwägung**
 Es erfolgte zum Entwurf des Flächennutzungsplanes Thießen vom 20.08.2008 die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Nachbargemeinden. Herr Dubiel vom Büro für Stadt- und Landschaftplanung Wittenberg wird den Gemeinderäten die vorgebrachten Anregungen und Bedenken und deren Umsetzung erläutern.
 Herr Dubiel informiert die Gemeinderäte über die wichtigsten Forderungen für einen genehmigungsfähigen Flächennutzungsplan. Das Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt Abt. Raumordnung sowie der Landkreis weisen darauf hin, dass in Thießen zu viele Wohnbebauungsflächen ausgewiesen werden. Demgegenüber weist die Bevölkerungsprognose einen Rückgang der Einwohner von Thießen bis 2025 um ca. 30 % aus. Für diese Prognose gibt es leider keine Gegenargumente. Der Bedarf an Wohnbauflächen ist relativ gering.
 In der Abwägung wird folgendes vorgeschlagen:
 Die Bauflächenausweisungen werden vor dem Hintergrund des nicht nachweisbaren Wohnbaulandbedarfs erneut einer kritischen Überarbeitung unterzogen und auf den Bebauungsbestand reduziert. In der Konsequenz werden die Innen-

bereichssatzung für die Ortslage Thießen sowie die Satzung des Bebauungsplans „Am Kupferhammer“ aufgehoben.

Der Bebauungsplan „Am Schlangengrubenweg“ westlich Luko wird dahingehend geändert, dass nur der Bereich südlich der Kreisstraße auf Grund seines fortgeschrittenen Entwicklungsstandes für die weitere Wohnbebauung erhalten bleibt. Zur Veranschaulichung dieser Aussage, liegen den Ratsmitgliedern die Lagepläne für das B-Plangebiet Kupferhammer Thießen, die Ortslage Thießen sowie das B-Plangebiet Schlangengrubenweg in Luko vor.

Die Innenbereichssatzung der Gemeinde Thießen ist im Plan mit einer roten Grenze versehen. Diese existiert bereits seit mehr als 7 Jahren und ist sehr großzügig gefasst.

Entsprechend den Forderungen, sind im Plan die Grenzen aufgezeigt, wenn die Innenbereichssatzung aufgehoben wird (hellbraune Flächen). Hier sind alle derzeit bebauten Flächen mit einbezogen. Die weißen Flächen sind nach Aufhebung der Satzung nicht mehr bebaubar. Ob eine Aufhebung der Innenbereichssatzung auch Auswirkungen auf die Straßenausbaubeitragssatzung hat, ist in jedem Fall zu prüfen.

Die Aufhebung der Satzung des Bebauungsplanes am Kupferhammer ist sicherlich schwierig, da dieses Gebiet schon teilweise erschlossen ist.

Die Änderung des B-Planes in Luko wurde ja so ebenfalls vom Gemeinderat gefordert.

BM Lutze: Der Bauträger des B-Plangebietes Kupferhammer hat bereits Kosten für die Erschließung gehabt. Wenn dieser die Grundstücke nicht mehr als Bauland vermarkten kann, wird er an die Gemeinde Schadensersatzansprüche stellen.

Eine generelle Aufhebung der Innenbereichssatzung ist sehr schwierig.

Herr Bittner: Der B-Plan am Kupferhammer kann keinesfalls aufgehoben werden. Die Gemeinde und der Bauträger haben in dieses Projekt investiert.

Herr K. Lutze: Der Gemeinderat musste lange für die Durchsetzung der Innenbereichssatzung kämpfen. Wenn diese nun aufgehoben wird, sind künftige Bebauungen kaum noch möglich.

Herr Kautz vermisst die Demokratie und die offensichtlich nicht vorhandene Entscheidungsfreiheit des Gemeinderates. Er stimmt einer Änderung des FNP in Bezug auf die Aufhebung der Innenbereichssatzung und des B-Plangebietes am Kupferhammer nicht zu.

Herr Gollek merkt an, welche Auswirkungen es für den Investor hat, wenn das B-Plangebiet am Kupferhammer aufgehoben wird.

Herr Dubiel stellt in diesem Zusammenhang fest, dass mit der Aufhebung des Planes die Gemeinde vertragsbrüchig wird und somit dann mit gewissen Konsequenzen rechnen muss.

Der Bürgermeister informiert noch einmal über die Situation im B-Plangebiet Luko. Durch die Insolvenz des Investors, gehören der Gemeinde ca. 50 % der Grundstücke. Die Erschließung ist zu 70 % abgeschlossen, obwohl die Grundstückseigentümer bereits für die komplett erschlossenen Grundstücke bezahlt haben. Diese restliche Erschließung möchte die Gemeinde aus den Mitteln der Vermarktung der Grundstücke realisieren.

Herr Dubiel rät, den genauen Sachverhalt der Genehmigungsbehörde in Magdeburg vorzutragen, um eventuell einen Kompromiss zu erzielen. Die Einreichung des Planes nach den Vorstellungen des Gemeinderates wäre nicht sinnvoll, da dieser sicherlich nicht genehmigungsfähig ist.

Der Bürgermeister möchte wissen, ob die Herausnahme von Teilflächen aus der Innenbereichssatzung oder zum Beispiel eine Änderung des B-Plangebietes Kupferhammer (linke Seite vom Kupferhammerweg) ausreichen könnten für eine

Genehmigung des FNP.

Herr Dubiel könnte sich vorstellen, dass eine lockere Bebauung hinter den Blöcken mit Grünflächenanteil (ca. 50 %) erfolgen könnte. Doch ob eine derartige Bebauung dem Investor gefällt bleibt offen.

Der Bürgermeister merkt an, dass es vielleicht Interessenten gibt, die die Wohnblöcke wieder nutzen wollen. Er möchte wissen, ob eine Genehmigung des FNP möglich wäre, wenn man Teilflächen aus der Innenbereichssatzung und evtl. aus dem B-Plangebiet Kupferhammer streicht.

Herr Dubiel vertritt die Auffassung, dass Änderungen nicht das gewünschte Ergebnis bringen würden. Eine Änderung der jetzigen Innenbereichssatzung bedarf ebenfalls einer Genehmigung, diese ist sicherlich nur dann zu erhalten, wenn die Baugrundstücke stark dezimiert werden. Die Satzung müsste dann sicherlich so wie in den vorliegenden Plänen aussehen.

Der Bürgermeister fragt an, wie es sich mit den Stallanlagen in Luko verhält, die im Außenbereich liegen.

Herr Dubiel erläutert, dass in diesen Bereichen Landwirtschaft möglich ist. Die Ausweisung eines Sondergebietes „Tierproduktion“ ist schwierig, da es keine konkreten Vorhaben in diesem Bereich gibt.

Der Bürgermeister fasst die Diskussion im Gemeinderat zusammen, in dem der Gemeinderat nur einem Wegfall der Lukoer Wohnbaufläche in Richtung Roßlau zustimmt.

Herr Dubiel weist darauf hin, dass die Gemeinde vor einer Eingemeindung steht. In diesem Zusammenhang wird es eine andere Betrachtungsweise zur neuen Einheitsgemeinde geben. Weiterhin gibt es immer noch die Möglichkeit das Gespräch mit dem Landesverwaltungsamt zu suchen, um einen möglichen Kompromiss zu erzielen. Soll der Plan nach den Vorstellungen des Gemeinderates eingereicht werden, ist dieser in keinem Fall genehmigungsfähig.

Der Bürgermeister möchte wissen, wie es mit der Planung weitergeht, wenn diese vorerst ruht.

Herr Dubiel merkt an, dass die Kosten bis zum jetzigen Planungsstand der Gemeinde in Rechnung gestellt werden und das Planungsverfahren ruht. Die neuen Entscheidungsträger der Einheitsgemeinde müssten später einen neuen Aufstellungsbeschluss für die Änderung des FNP erstellen. Natürlich kann diese Regelung nicht das Ziel eines Planers sein, der das Bestreben hat den Plan auch zur Genehmigung zu führen. Jedoch habe ich Verständnis für die Meinungen im Gemeinderat.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass das Planungsverfahren sauber abgeschlossen werden sollte. Da der FNP nach den Vorstellungen des Gemeinderates nicht genehmigungsfähig ist, sollte dieser im Zuge der Gemeindegebietsreform in den neuen Strukturen innerhalb des zeitlichen Rahmens weitergeführt werden.

Herr Stukowski merkt hierzu an, dass der Gesetzgeber die Vorschriften macht, der Planer gute Arbeit leistet und dann sich den Rechtsvorschriften beugen muss.

Der Bürgermeister fragt an, ob es noch andere TÖB's gibt, deren Anregungen und Bedenken für den Plan wichtig sind. Herr Dubiel verneint diese Anfrage.

Der Bürgermeister lässt zum Abschluss der Beratung zum Flächennutzungsplan den Gemeinderat über die geforderten Änderungen abstimmen.

Der Gemeinderat der Gemeinde Thießen stimmt der Aufhebung der Innenbereichssatzung für die Ortslage Thießen sowie die Satzung des Bebauungsplans „Am Kupferhammer“ zu.

Abstimmungsergebnis: 0 Ja-Stimmen 8 Nein-Stimmen 0 Enthaltung

Somit sind diese Änderungen vom Gemeinderat abgelehnt.

Der Bürgermeister bedankt sich bei Herrn Dubiel für sein Kommen und seine Ausführungen zum Flächennutzungsplan.

5. **3. Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen zur Unterhaltung der Gewässer zweiter Ordnung der Gemeinde Thießen**

Vorlage: THI-BV-111/2009

Die Beschlussvorlage wurde in der letzten Ratssitzung zurückgestellt. Am 31.03.2009 gab es in Ragösen eine Gesprächsrunde zum Thema Beitragserhöhung mit Vertretern des Unterhaltungsverbandes Nuthe/Rossel.

Alle im Haushalt getätigten Ausgaben wurden umfangreich erläutert und die Notwendigkeit der Investitionen bekräftigt. Somit legte der Verband seinerseits alle Fakten dar, die zu einer Beitragserhöhung führten. Die Anwesenden wurden auch darauf aufmerksam gemacht, dass angrenzende Unterhaltungsverbände wesentlich höhere Beiträge nehmen. Im Vergleich aller Verbände in Sachsen-Anhalt ist der Unterhaltungsverband Nuthe/Rossel der zweitgünstigste in Bezug auf die Beiträge.

Der Verband wird sich weiterhin bemühen, die Kosten so gering wie möglich zu halten.

Ich schlage dem Gemeinderat vor, die Satzung zu verabschieden.

Mitglieder		Abstimmungsergebnis			
Soll	Anwesend	Mitw.- verbot	Dafür	Dagegen	Enthaltung
10	8	0	7	1	0

6. **Einwohnerfragestunde**

Frau Schneidewind: Zum Thema Eingemeindung möchte ich wissen, wie der derzeitige Stand der Verhandlungen ist.

BM Lutze: In den letzten vier Wochen habe ich Gespräche mit allen Fraktionsvorsitzenden der Stadt Dessau-Roßlau geführt. Die Aussagen zu einer Eingemeindung von Thießen fielen positiv aus. Die Fraktionen sehen sich in der Verantwortung für die Umlandgemeinden. Ich werde in den nächsten Tagen eine offizielle Anfrage an den OB stellen, dass er das Anliegen der Gemeinde Thießen in den entsprechenden Gremien (Hauptausschuss, Stadtrat) zur Sprache bzw. zur Entscheidung bringt.

Frau Schneidewind: Der veröffentlichte Artikel in der MZ, dass die Stadt Dessau-Roßlau eine Absage erteilt hat, hat unter den Einwohnern für Unruhe gesorgt.

BM Lutze: Bisher gibt es seitens der Stadt Dessau-Roßlau keine offiziellen Beschlüsse oder Abstimmungsergebnisse seitens der Gremien, die eine Absage zur Eingemeindung von Thießen beinhalten. Hierzu sei aber angemerkt, dass die Mehrheitsverhältnisse im Stadtrat der Doppelstadt recht schwierig und kompliziert ist und daher auch eine Einschätzung wie sich die Stadt Dessau-Roßlau zu unserem Anliegen entscheidet, vorerst offen ist.

Frau Schneidewind: Als Vertreterin der Bürgerinitiative schlägt sie vor, einen Gendarstellung zum MZ-Artikel als Leserbrief zu veröffentlichen.

BM Lutze. Er rät von solchen Darlegungen ab, die im Nachhinein noch mehr für Verwirrung sorgen könnten.

- Herr Kautz: Die Gemeindegebietsreform ist im Hinblick auf die anstehenden Kommunalwahlen wohl in einigen Gemeinden ein Auslöser dafür, dass keine Bewerber zu den Kommunalwahlen angetreten sind.
Muss die Gemeinde eine Bürgeranhörung für die Eingemeindung nach Dessau-Roßlau durchführen?
- BM Lutze: Wenn die Stadt Dessau-Roßlau eine Eingemeindung von Thießen befürwortet, werden wir alle weiteren Schritte dafür einleiten. Lehnt uns die Doppelstadt ab, so sind wir gezwungen zu reagieren. Dann bleibt uns nur der Weg nach Coswig (Anhalt). Am 18.05.09 sind alle Bürgermeister der Gemeinden eingeladen, die bislang noch keine Vereinbarung über die Bildung leitgerechter Strukturen vorgelegt haben, zu einer Informationsveranstaltung ins Ministerium des Innern eingeladen. Zusätzlich wird den Gemeinden angeboten, ihre Eingliederungsvorstellungen bis zum 31.05.09 schriftlich gegenüber dem Ministerium darzulegen.
Es bleibt abzuwarten, welche Aussagen auf dieser Veranstaltung getroffen werden. Ein Ratsmitglied sollte mich auf dieser Veranstaltung begleiten.
- Herr K. Lutze: Die Stilllegung des Bahnhaltdepotpunktes kann die Stadt Dessau-Roßlau auch nicht verhindern. Der OB hat bereits zugesagt, dass die Stadt auf Gastschulbeiträge verzichten würde und es also in diesem Bereich eine Lösung geben würde. Der Gemeinderat sollte nicht gegen Windmühlen kämpfen, wenn dieser Kampf letztendlich zu Nachteilen für unsere Bürger führt.
- Herr Bittner: Was passiert, wenn Dessau-Roßlau eine Eingemeindung befürwortet, aber der Landkreis Wittenberg ein Verlassen der Kreisgrenze nicht zustimmt?
- BM Lutze: Wir müssen abwarten, wie sich die Situation entwickelt, auch wenn dies heißt, dass wir die freiwillige Phase für eine Eingemeindung nicht nutzen können.

7. **Anträge, Anfragen und Mitteilungen**

Mitteilungen Bürgermeister

- Parkplatz am Friedhof
 - Bauarbeiten sind so gut wie beendet
 - Baumaßnahme wurde preiswerter als geplant
- Druckleitung Luko Thießen
 - Baumaßnahme wurde begonnen
- Ausbau Wiesenweg
 - Beginn der Ausbauarbeiten in der 20. KW
- Antragstellung Dorferneuerung
 - 5 Anträge von Grundstückseigentümern der Gemeinde Thießen wurden gestellt
- ARGE
 - Eine 1,- € Jobber-Maßnahme in der Gemeinde wurde gestrichen, da eine personelle Besetzung nicht möglich gewesen sei. Zur Zeit arbeiten drei 1,- € Kräfte im Ort.
- Verabschiedung KITA-Leiterin
 - Die langjährige KITA-Leiterin Frau Langhammer wurde gemeinsam mit Kindern und Eltern im Sportlerheim verabschiedet. Die neue Leiterin ist nun Frau Elke Lutze und ihre Stellvertreterin ist Frau A. Kahlo.

➤ Konjunkturpaket II

Die Rahmen für welche Maßnahmen die Mittel beantragt werden können ist noch nicht genau bekannt. Vorrangig sollen die Gelder für die Bildung (Schulen, KITA) ausgegeben werden. Pro Einwohner werden ca. 18 € gezahlt. Das bedeutet, dass der Gemeinde eine Summe von etwa 12 T€ außerhalb des Haushaltsplanes zur Verfügung steht.

- Maßnahmen in der KITA (Türen)
- Umsetzung Verteilerhaus Dreieckstraße

Am 25.05.2009 gibt es zu dieser Thematik eine Beratung mit Vertretern der Verwaltung und allen Bürgermeistern und Ortsbürgermeistern.

Den größten Teil aus dem Konjunkturpaket für die Vergabe erhält das Land. Dafür, dass die Kommunen nur einen kleinen Anteil (von 200 €/Einwohner = 18 €/EW) erhalten, sind die Auflagen für die Antragstellung recht hoch.

Herr Bittner: Vor den Grundstücken Lohmann und Wendt senkt sich der Gehweg.

BM Lutze: Die Gemeindearbeiter werden mit der Instandsetzung des Gehweges beauftragt.

Der Bürgermeister beendet um 21.15 Uhr den öffentlichen Teil der Gemeinderatssitzung.

Coswig (Anhalt), den 18.06.2009

Lutze
Bürgermeister

Mergenthaler
Protokollantin